

XV. Politisches Denken der Amerikanischen Revolution

1. Vorbemerkung: Die großen Revolutionen, die Moderne und all der Rest

Die politische Moderne beginnt mit den beiden großen Revolutionen: der Amerikanischen und der Französischen. Manche politische Denker – wie etwa Thomas Paine (hier 6.) – können keine großen Unterschiede zwischen diesen beiden erkennen. Andere wie Edmund Burke oder Friedrich v. Gentz heben die Unterschiedlichkeit hervor. Sie begrüßen die Amerikanische und sie verwerfen die Französische Revolution (Bd. 3/3, XX.2.). Beide Auffassungen haben etwas für sich. Wer die Gemeinsamkeiten hervorheben will, kann darauf verweisen, daß mit beiden Revolutionen ein neuer Republikanismus entsteht. Die traditionell kleine Republik wird durch die große abgelöst, die demokratische Republik der Antike wird durch die repräsentative Republik der Moderne ersetzt. An die Stelle ständischer Vertretungen tritt die Nationalrepräsentation. Das politische Denken wird konstitutionalistisch. Keine Regierung ohne vorhergehende Verfassung – davon sind die amerikanischen Revolutionäre genauso überzeugt wie die französischen. Ob in Amerika, ob in Frankreich, allenthalben zeigt das Naturrecht revolutionäre Wirkungen. Der Mensch als Mensch erhält sein Recht. Daß dies in die Verfassungen eingeht und nicht mehr länger nur ein Wunsch oder eine Hoffnung ist, ist die große Leistung beider Umwälzungen. Seit es sie gibt, hat sich die politische Welt verändert. Eine neue Welt hat sich aufgetan.

Die beiden Revolutionen haben vieles gemeinsam, und je höher die Abstraktionsebene gewählt wird, um so mehr Gemeinsamkeiten wird man entdecken. Nicht weniger relevant als die Gemeinsamkeiten sind jedoch die Unterschiede. Sie werden schon daran deutlich, daß in Amerika eine Verfassung etabliert wurde, die schon über 200 Jahre Bestand hat. In Frankreich dagegen lösten sich die Verfassungen in schnellem Wechsel ab. Erbe der Revolution wurde, sei es Napoleon, seien es die Bourbonen und der Geist der Restauration. In Amerika mußte keine feudale Gesellschaft gestürzt werden. Amerika vollzog eine *politische* Revolution. In Frankreich fiel beides zusammen: der Sturz der Feudalgesellschaft und die politische Neugründung. Daß sich, wie es Tocqueville nachgewiesen hat, viele Veränderungen bereits vor der Revolution vollzogen hatten, ändert nichts an der Unterschiedlichkeit der Ausgangslage. In Frankreich trat an die Stelle der feudalen die bürgerliche Gesellschaft, in Amerika wurde einer schon bestehenden Gesellschaft eine neue politische Form gegeben. So mancher zweifelt aus diesem Grunde, ob die Amerikanische Revolution überhaupt eine Revolution gewesen ist.

Die folgende Darstellung folgt beiden Blickwinkeln: dem Blick auf die Gemeinsamkeiten und dem Blick auf die Unterschiede der Revolutionen. Beide stoßen das Tor zur Moderne auf. Aber beide vermögen auch schon zu zeigen, daß die Moderne eine monolithische Einheit nicht ist. Sie ist universal und reflexiv, die Epoche der Menschenrechte und einer universal werdenden Moral. Zugleich prägt sie sich von Nation zu Nation unterschiedlich aus. Ob alles, was sich bis zum Ende des 19. Jh.s herausbildet, überhaupt noch durch einen Begriff zusammengehalten werden kann oder ob die »Moderne« nicht in tausend Splitter und Fünkchen zerstiebt, ist eine Grundfrage, die sich jeder Deutung dieser Epoche stellt. Einheit und nivellierende Tendenzen, Vielfalt und immer mehr Differenz – beides gehört zu dieser Epoche. Die Frage ist nur, ob das eine das andere überwältigt oder ob die widerstrebenden Phänomene miteinander verträglich sind.

1.1. Amerikanische Anfänge

Frankreich geriet in eine Revolution nach 1400 Jahren monarchischer Herrschaft. Amerika begann als Einwanderungsland von Neuem. Es nahm seinen Anfang in der Wildnis und in einem dünn besiedelten Land. Mitte des 17. Jh.s lebten in den Kolonien nur ca. 50.000 Einwohner. Ein Jahrhundert später waren es ca. 1,2 Millionen. Die Einwanderung, die dünne Besiedelung und die schiere Größe des Landes haben immer wieder den Mythos des jungfräulichen und ganz von vorne beginnenden Amerika erzeugt. Dieser Mythos wurde noch einmal wahr, als man sich 1776 von England löste und sich durch eine Versammlung 1787/88 eine Verfassung gab. Das war neu und beispielgebend. Das Pathos des Neuen prägt die amerikanische Politik bis heute. Kaum ein Präsident der USA, der nicht die Sprache des Neuanfangs im Munde führt: *New Freedom* (Wilson), *New Deal* (Roosevelt), *New Frontier* (Kennedy), *New World Order* (Bush) (Vorländer 1997, 47). Als die Nation sich bildete, hat sich das Bewußtsein des Neuanfangs bis zur Vision eines neuen Menschen gesteigert. Hector St. John de Crèvecoeur fragt in seinen *Letters from an American Farmer* (1782): »What then is the American, this new man?« (1957, 39). Der »neue« Mensch trat in verschiedenen Gestalten auf. Er war ein Pionier, Farmer, Waldläufer, Goldgräber oder Cowboy. Jeder war in der Wildnis auf sich gestellt. Was zählte, war die eigene Kraft, die Eigeninitiative, der Unternehmungsgeist, die Abenteuerlust, die Experimentierfreude.

Zum Pathos des Neuen und zur Pioniergesellschaft trat lange Zeit das Bewußtsein von der *offenen Grenze*. Immer konnte man weg, immer konnte man weiter. Der Historiker Turner hat daraus die Grundannahme seiner Deutung der amerikanischen Geschichte gemacht (1893). Der Blick wandte sich ab von Europa. Er wurde in die andere Richtung gelenkt. Was geschehen mußte, als der Pazifik erreicht war, läßt sich ahnen. Von da an hatte Amerika zwei Optionen: *Isolationismus* oder die *Suche nach neuen Grenzen*, nach einem »neuen Westen« (Wehler ²1987, 33). Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht die Geschichte der *Monroe-Doktrin*. 1823 erklärt der Präsident Monroe, das Gebiet der USA sei fremder Landnahme entzogen; Amerikas politisches System sei ein völlig anderes als das der alten Welt; an europäischen Kriegen werde man sich nicht beteiligen. 1928 erklärt der Präsident

Hoover: »An act of war in any part of the world is an act that injures the interests of my country.« Sich-Isolieren oder Sich-Einmischen, Amerika hat beide Optionen. Man grenzt sich ab von der alten Welt und ihrer Verdorbenheit oder man bricht auf, die Welt zu missionieren, damit sie so wird, wie Amerika schon ist.

Die Französische Revolution geriet in einen Krieg mit der Religion. Amerika war von Anfang an (und ist auch heute) ein *religiöses Land*. Wie eng Religion und Demokratie in Amerika zusammengehören, hat Tocqueville in *La démocratie en Amérique* (1835, 1840) eindrucksvoll beschrieben (Bd. 3/3, XXII). Daß Puritanismus und Kapitalismus eine Einheit bilden, ist seit Max Weber immer wieder am Beispiel Benjamin Franklins dargestellt worden (hier 5.). Die Zusammenhänge gestalten sich jedoch komplizierter, als dies von Tocqueville oder Weber erkannt worden ist. Zwar gibt es Verbindungen zwischen Puritanismus und Demokratie. Aber was die Pilgerväter nach ihrer Landung in *Cape Cod* (1620) in Massachusetts errichten, war eine Theokratie, eher erinnernd an Hawthornes *Scarlet Letter* (1854) als an ein tolerantes Gemeinwesen. Eine Trennung von Staat und Kirche wurde in den meisten Kolonien erst in der Zeit der Revolution errungen. Kapitalismus und Religion gehen ebenfalls keine eindeutige Verbindung ein. Die Sklavenwirtschaft im Süden war noch gar nicht auf dem Niveau des Kapitalismus angelangt. Selbst Marx muß sich eine Kapitulation seiner Theorie eingestehen, wenn er Amerika analysiert. Es ist im 19. Jh. ein Land ohne nennenswerten Sozialismus, mit relativ prosperierenden Farmern und Arbeitern auf der einen, Sklaven auf der anderen Seite (Bd. 3/3, XXIII.2.).

Amerika ist eine Nation, die sich von ihren Anfängen an politisch-theologisch deutet, beginnend beim *Exodus*, dem Auszug aus der Knechtschaft in das Gelobte Land. Der *Exodus* ist bis heute eine Losung aller Befreiungsbewegungen, sei es der Schwarzen, sei es anderer Minderheiten (Walzer 1980). Schon am Beginn der Besiedlung glaubte man, *a new Jerusalem, a city upon a hill* (John Winthrop) zu errichten. Der Auserwähltheitsglaube, der *exceptionalism*, ist nach Meinung mancher die stärkste Überzeugung der Amerikaner über alle Phasen ihrer Geschichte hinweg (Madsen 1998, 1). 1845 prägt der Journalist John O'Sullivan das Schlagwort vom *manifest destiny* (Merk 1963). Es diente der Begründung der Annexion von Texas (1845) und Oregon (1859). Das Schlagwort suggeriert den Eindruck, daß sich die Ausdehnung Amerikas mit schicksalhafter, von der Vorsehung gelenkter Notwendigkeit vollzieht.

In keinem Land der Welt sind Politik und Zivilreligion enger miteinander verbunden als in Amerika (Richey/James 1974; Bellah u. a. 1985; Kodalle 1988). Auf der einen Seite werden Staat und Kirche seit Jeffersons Zeiten voneinander getrennt; sie sind getrennt durch eine »wall of seperation«, wie Jefferson die Trennmauer nannte. Im Gegensatz zur freundlichen Kooperation von Kirche und Staat, wie sie etwa in der Bundesrepublik Deutschland vorherrscht, hat die Trennung sogar feindliche Züge. Der scharfen Trennung gegenüber steht eine Omnipräsenz zivilreligiöser Phänomene im öffentlichen Raum. Eine säkularisierte, alle Konfessionen und Religionen umfassende öffentliche Religion prägt das politische Leben: von den Inauguraladressen der Präsidenten über die quasi-religiöse Verehrung der Gründungsväter und der Verfassung bis hin zu den *memorials*, den Soldatenfriedhöfen, dem *pledge of allegiance* oder der *sacredness of the flag*. Die pluralistische Einwande-

rungsgesellschaft findet in der Zivilreligion das Band ihrer Gemeinschaftlichkeit. Dabei mag man rätseln, was daran noch Religion genannt werden darf und was daran nur die Beschönigung eines Auserwähltheitsglaubens, eines Nationalismus und eines als Missionierung der Welt getarnten Imperialismus ist.

Die Bildung der Nation vollzog sich auf dem neuen Wege der Verfassungsgebung durch eine Versammlung. Darin wurde Amerika vorbildlich für die Welt. Der Anspruch auf Unabhängigkeit vom englischen Mutterland konnte nicht mit der Berufung auf das alte Recht der Engländer, auf die *Magna Charta* oder die *Bill of Rights*, begründet werden. Man mußte die Sprache der natürlichen Rechte und der Rechte des Menschen sprechen. Jefferson hat sie in der *Declaration of Independence* (4. Juli 1776) unvergeßlich formuliert. Die größte Leistung des politischen Denkens jener Zeit stammt von den sogenannten *Federalists*, drei Autoren, welche 1787/88 die von der Verfassungsgebenden Versammlung in Philadelphia vorgeschlagene Verfassung diskutieren. John Jay, Alexander Hamilton und James Madison entwerfen das eigentlich Revolutionäre: das Bild einer modernen repräsentativen Republik. Sie revolutionieren den Republikanismus, der seitdem nie mehr war, was er einmal gewesen ist (hier 7.).

Wenn man Amerika die Frage stellt, die Polybios Rom gestellt hat – wie war der Aufstieg zur Weltmacht möglich? –, dann kann man zunächst im Sinne des Polybios antworten: die Verfassung hat es möglich gemacht. Andere Faktoren kommen hinzu: die günstige geopolitische Lage; das riesige Territorium; die von der Pioniergesellschaft herausgeforderten Tugenden; die Freigabe des religiösen Lebens; die Mobilität, die nicht nur eine räumliche, sondern immer auch eine soziale war. Amerika ist lange Zeit gelungen, worum die europäischen Gesellschaften noch heute ringen, Einwanderer zu integrieren und sie von den Vorzügen der Verfassung und des eigenen *way of life* zu überzeugen.

1.2. Die liberale und die republikanische Selbstdeutung Amerikas (Hartz, Bailyn, Wood, Pocock, Kramnick, Diggins u. a.)

In der Gründungsphase der Vereinigten Staaten bilden sich verschiedene Lager aus. Federalists und Antifederalists, solche, die eine enge bzw. eine lockere Union wünschen. Das Wort »Republik« führen alle im Munde. Aber sie meinen nicht alle dasselbe damit. Um die Positionen besser unterscheiden zu können, ist unter den Interpreten ein geradezu erbitterter Streit darüber ausgebrochen, welcher politische Denker die amerikanischen Gründungsväter am meisten beeinflußt hat: War es Locke? War es Montesquieu? War es Machiavelli? Waren es Hume und die Schottischen Aufklärer? Jedes Wort der *Declaration of Independence* wurde auf die Goldwaage gelegt, jeder Paragraph der *Federalist Papers* auf Theorien von Vorgängern durchleuchtet.

Vorherrschend war zunächst die liberale Schule, vertreten durch Becker (1942) oder Hartz (1955, ²1964). Hartz verwies darauf, daß Amerika keine Feudalordnung gekannt hatte, die Ordnung immer schon eine bürgerliche gewesen war. Dies

habe es den Amerikanern erlaubt, sich mithilfe der Philosophie John Lockes zu deuten. Amerika sei eine »Lockesche Massenbewegung« (Hartz 1955, 12). Besitzindividualismus, Schutz der Rechte, Widerstandsrecht – zwischen Locke und dem, was die Amerikaner erstrebten, gab es demnach keinen Unterschied. Man habe sogar schon wie Locke gedacht, bevor man ihn gelesen habe. Becker wies auf die Spuren hin, die Locke in der *Declaration of Independence* hinterlassen hat.

Der liberalen Deutung trat die republikanische gegenüber, vertreten durch Bernhard Bailyn (1967) und seinen Schüler Gordon Wood (1969) sowie – große Wirkung erzielend – John G. Pocock (1975). Pocock schlug vom Republikanismus Machiavellis eine Brücke zu Harrington und zur amerikanischen Republik. Die Spannung von Tugend und Kommerz, von liberalem Egoismus und republikanischer Orientierung am Gemeinwohl war nach Pocock bestimmend für die amerikanische Gründung. Auch nach der Gründungsphase kehrt das Thema von »virtue« und »commerce« in Amerika ständig wieder, sei es bei den Jacksonians, bei Lincoln oder bei den Kommunitaristen von heute.

Der amerikanischen Republikanismusforschung hat man vorgeworfen, die Geschichte des Republikanismus teleologisch zu konstruieren: die amerikanische Republik als Ziel der Geschichte. Man wollte darin ein Pendant zur kommunistischen Geschichtsdeutung erkennen. Die Republikanismusforschung rückte damit in den Kontext des Ost-West-Konfliktes und des Kalten Krieges (Pecchioli 1983). Die Einreihung der amerikanischen Republik in die lange Geschichte des Republikanismus widersprach dem Mythos von der absoluten Neugründung. Diesen wollte man sich nur ungern ausreden lassen. So kam es schließlich dazu, daß der Revisionismus seinerseits wieder revidiert worden ist, etwa von Kramnick (1982) oder Diggins (1984). Diese lassen Locke und die Liberalismusthese wieder aufleben. »Locke is alive and well«.

Man darf dieses Hin und Her gelassen sehen. Einen scharfen Gegensatz von Liberalismus und Republikanismus gibt es in Amerika – anders als in Frankreich oder Deutschland – nicht. Ein Republikaner wie Jefferson hat keine grundlegenden Einwände gegen die Position der *Federalists*, auch wenn er eine weniger enge Föderation wünscht. Ein Republikaner wie Adams kann die Verfassung und die *Federalist Papers* bejahen, auch wenn sie von seinem Ideal der Mischverfassung abweichen. Die eigentliche Frontlinie verläuft nicht zwischen Liberalismus und Republikanismus. Sie verläuft zwischen der neuen modernen Republik, die alle wollen, und der klassischen Republik, wie sie noch Montesquieu oder Rousseau vertreten haben. Letztere, die klassische Republik, wird durch die Amerikanische Revolution verabschiedet.

Die Amerikanische Revolution hat ihre bekannten und ihre verkannten Helden. Nicht jeder erhält den Ruhm, der ihm eigentlich zusteht. George Mason etwa ist im Vergleich zu Jefferson oder Franklin nahezu unbekannt (3.). Seine Verdienste um die amerikanische Verfassung und das moderne Rechtsdenken sind jedoch größer als die der gerade Genannten. Wenn Mason ein verkannter Gründungsvater ist, so ist Thomas Paine (6.) ein ungeliebter Gründungsvater, verschrien als Atheist und Säufer (ersteres war er mit Sicherheit nicht). Die *Federalists* wie Madison und Hamilton gelten als die großen Kommentatoren der Verfassung (7.). Ihnen gegenüber werden die *Antifederalists* stiefmütterlich behandelt (7.5.). Dabei haben sie oft

die besseren Argumente auf ihrer Seite. Die amerikanische Geschichtsschreibung war lange Zeit eine der Sieger. Erst neuerdings wird auch den Verlierern wieder Respekt gezollt. Völlig verloren haben sie auch gar nicht. Gelegentlich wie bei der Begründung der Menschenrechte oder der Schaffung der *Bill of Rights* waren sie durchaus erfolgreich und von größter Wirkungskraft.

2. Thomas Jefferson (1743–1826)

2.1. Vita und Werke im Überblick

In Person und Lehre Jeffersons erkennt Amerika sich immer wieder (Peterson 1960). In den Wellen der Begeisterung über diesen Gründungsvater oder auch in der zeitweiligen Ablehnung seiner Politik schafft Amerika sich stets neu sein eigenes Spiegelbild. Mit Jefferson verbindet jeder die *Declaration of Independence* und ihre Verkündung der Rechte des Menschen. Mit ihm verbunden ist aber auch die amerikanische Schicksalsfrage der Sklaverei. Jefferson steht für die Religionsfreiheit, die er weit über die Lockesche Toleranz hinaus ausdehnt. Jefferson ist ein Republikaner. Seine Politik steht in Konkurrenz zu jener der *Federalists*. Aber Jefferson ist auch bereit, die Verfassung anzuerkennen, die die Handschrift der *Federalists* trägt. Schon Jeffersons Politik zeigt, in Amerika sind Republikanismus und Liberalismus nicht voneinander ablösbar, sie sind miteinander vermischt.

An Biographien über Jefferson herrscht kein Mangel. Aber selbst die sechsbändige, pulitzerpreisgekrönte Biographie von Malone (1948–81) lässt manche Frage nach der Persönlichkeit offen. Ein neuerer Biograph spricht von Jefferson als der »American sphinx« (Ellis 1996). Die größte Frage, die heute das Bild des Verfassers der *Unabhängigkeitserklärung* zu überschatten droht, ist die nach dem Sklavenhalter Jefferson. Wie konnte er an seinen Sklavenquartieren vorbeispazieren und gleichzeitig von den Rechten des Menschen träumen? Eine andere Frage wirft Jeffersons aristokratischer, aufwendiger Lebensstil bei gleichzeitigem Lob der »agrarian virtue« auf. Wie ein einfacher Farmer lebte der von teuren Möbeln umgebene, Kunst und exquisiten Wein schätzende Jefferson nicht. Die vielen Gesichter Jeffersons bringen Ellis (2002) dazu, von einem »postmodern man« zu sprechen. Abgesehen von solchen Fragen an die Person ist da die Vielfalt der politischen Inanspruchnahmen. Kaum jemand, der sich nicht auf ihn beruft, seien es Sezessionisten der Südstaaten oder Abolitionisten des Nordens, seien es republikanische Verteidiger der »agrarian virtue« oder liberale Interpreten der *Declaration of Independence*, seien es Isolationisten oder Interventionisten.

Jefferson ist der gebildetste Amerikaner seiner Zeit. Seine 5000 Bände umfassende Bibliothek macht den ersten Grundstock der *Library of Congress* aus. Jurist, Philosoph, Staatsmann, Architekt, Naturforscher, Erfinder – Jefferson ist ein Mann, der alles kann. Sein Haus in Monticello hat er selbst entworfen, auch die Gebäude der *University of Virginia*, die er 1819 gründet. Es sind schöne Beispiele neopalladianischer Architektur. Auch für Washington hatte er eigene architektonische

Pläne, die aber nicht übernommen worden sind. Jefferson befaßt sich mit Paläontologie; er ist der Entdecker des *Megalonyx Jeffersonia*. Er sammelt Indianer-Dialekte. Dem damals führenden Naturforscher der Zeit Buffon schickt er ein ausgestopftes Exemplar einer *moose*, eines elchähnlichen Wesens. Den großen französischen Naturforscher belehrt er darüber, daß der *Cougar* kein Jaguar sei, sondern ein Puma. Jefferson war – auch wenn er dafür weniger berühmt ist als Benjamin Franklin – ein Erfinder. Er entwarf einen Pflug, und er erfand zahlreiche nützliche Hilfsmittel für den Haushalt.

Den großen Ruhm Jeffersons macht die *Unabhängigkeitserklärung* (1776) aus. Die größte Gabe des Vielbegabten war seine Fähigkeit, ein klares, elegantes Englisch schreiben zu können. Ein politisches Hauptwerk hat Jefferson nicht hinterlassen. Das einzige Buch, das er veröffentlichte, waren die *Notes on the State of Virginia* (1785). Diese handeln von der Verfassung seines Heimatstaates und vom dortigen Recht, geben aber eigentlich eine umfassende Statistik des Landes. Sein 1801 verfaßtes *Manual of Parliamentary Practice* ist eine Anleitung für die Geschäftsführung des Senats (und in diesem Sinne auch wiederum keine Politik). Für diese aufschlußreich sind Jeffersons Briefe. Ca. 5.500 hat er selber geschrieben, ca. 13.000 erhalten.

Jefferson wird 1743 in Shadewell, Virginia, geboren. Er ist ein Mitglied der Pflanzaristokratie. Zu seinem Besitz gehören mehr als 10.000 acres (ein acre umfaßt etwas mehr als 4000 qm). Jefferson besitzt zwischen 147 und 267 Sklaven (1798 bzw. 1822). Mit 24 Jahren ist er Rechtsanwalt, mit 26 Mitglied des *House of Burgesses* in Virginia, von 1779 bis 1781 Gouverneur der Kolonie. Das herausragende Gesetzesvorhaben dieser Jahre ist die *Bill for Establishing Religious Freedom*. Diese scheidet 1776, wird aber 10 Jahre später in ähnlicher Form als *Virginia Statute of Religious Freedom* verabschiedet. Jefferson betrachtet das Gesetz als seine zweite große Leistung neben der Abfassung der *Unabhängigkeitserklärung*. Er wollte, daß sie auf seinem Grabstein stehen sollte (wo sie nun auch steht).

Von 1784 bis 1789 ist Jefferson Botschafter der Vereinigten Staaten in Frankreich (Adams 1997). Er wird Augenzeuge der Ereignisse des Jahres von 1789: des Bastillesturms und der Verkündung der *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen*. Jefferson war befreundet mit Lafayette. Diesem sandte er den Entwurf einer *Charter of Rights* zu, die Ludwig XV. verkünden sollte (Andrews 1968, 301). Lafayette schickte Jefferson seinerseits seinen Entwurf einer Rechtsdeklaration zu. Die Erfahrung der Jahre in Frankreich bestärkt Jefferson in seinen republikanischen Überzeugungen. In einem *Brief an Washington* schreibt er:

»Schon bevor ich nach Europa kam, war ich ein Feind der Monarchie. Jetzt, da ich gesehen habe, wie sie wirklich ist, bin ich es noch zehntausendmal mehr« (2.5.1788).

In einem anderen Brief geißelt er die Diskrepanz zwischen den »Segnungen der Natur« und dem Elend, das dem Volk von »Königen, Adligen und Priestern ... aufgebürdet wird« (an G. Wythe, 13.8.1776).

In seiner Zeit in Europa interessiert sich Jefferson für Landwirtschaft, Technik und Kunst. Ein besonderes Augenmerk gilt der Landwirtschaft, auf die er in Amerika alles gründen will. Er läßt Ölbaumsetzlinge nach Amerika transportieren. Aus der Lombardei schmuggelt er höchstpersönlich Reis heraus. Er berichtet nach

Hause über die neuesten technischen Erfindungen, über optische Instrumente, über die Dampfmaschine, über die Phosphorzündhölzer. Vom Tempel von Nîmes läßt er ein Modell anfertigen. Es wird das Vorbild des von Jefferson entworfenen Kapitols von Virginia. Jefferson knüpft Verbindungen zum Bildhauer Houdon, der schon eine Büste Franklins modellierte und nun auch eine von Jefferson und ein Standbild von Washington schafft. Jefferson bewundert Jacques-Louis David, etwa dessen *Tod des Sokrates*.

Innen- und Außenminister unter Washington, Vizepräsident unter Adams, selber Präsident von 1801 bis 1809 macht Jefferson eine große Karriere. Sie wird überschattet von der ersten großen Konkurrenz der Parteien, dem Streit zwischen den Föderalisten (um Hamilton) und den Republikanern (um Jefferson). Dieser Streit dreht sich darum, wie eng die Föderation sein soll und wie die Interessen des Handels und der Landwirtschaft zu gewichten sind. Je nach Partei und Standpunkt erscheint Jeffersons Präsidentschaft in einem anderen Licht. Republikaner loben die zivile Amtsführung: daß er zu Fuß zum Kapitol ging; daß er das Weiße Haus zweimal im Jahr für die Bevölkerung öffnete; daß er dem Kongreß eine schriftliche Botschaft vorlegte, um nur ja den Anschein einer Thronrede zu vermeiden; daß er eine ungeheure Korrespondenz mit quasi jedermann führte. Seine Gegner verweisen darauf, daß mit Jefferson das sogenannte *spoils system* beginnt, das Beutesystem, das alle Posten der Verwaltung zur Beute der jeweils herrschenden Partei werden läßt.

In die Zeit der Präsidentschaft fällt der *Louisiana Purchase* (1803). Louisiana, benannt nach Ludwig XIV., war von Spanien an Frankreich abgetreten worden. Napoleon war bereit, es zu verkaufen. Jefferson erwarb es, und er hat durch den Kauf das Gebiet der Vereinigten Staaten verdoppelt. Louisiana umfaßte damals sehr viel mehr als der erst 1812 gegründete Staat. Es reichte bis zu den Rocky Mountains. Jefferson sandte eine Expedition in das neue Gebiet (Lewis und Clark). Sie sollte den Weg zum Pazifik suchen. Durch den Reisebericht der Expedition wurde den Amerikanern offenbar, welche riesigen Gebiete vor ihnen lagen.

2.2. »A Summary View of the Rights of British America« (1774)

Jefferson verfaßt 1774 eine kleine Schrift, die man als einen Vorläufer der *Declaration of Independence* lesen kann: den *Summary View*. Er war gedacht als eine Argumentationshilfe für die Delegierten des Ersten Kontinentalkongresses in Philadelphia (1774). Dort berät man sich, wie man gegen die als ungerecht empfundenen Steuern und Maßnahmen Großbritanniens vorgehen soll. Jefferson empfiehlt die Taktik, den Monarchen gegen das Parlament auszuspielen. Die Unabhängigkeit der Kolonien fordert er im *Summary View* noch nicht. Stattdessen appelliert er an den Monarchen, das Parlament zur Rücknahme all jener Gesetze zu bewegen, die in den Kolonien als ungerecht empfunden werden.

Der *Summary View* beginnt wie später die *Declaration of Independence* mit einem Rekurs auf die Rechte, die Gott dem Menschen verliehen hat. In einer langen Liste wird jede als ungerecht empfundene Maßnahme aufgeführt. Ansonsten geht die Argumentation einen anderen Weg als in der *Declaration*. Jefferson recurriert auf zwei natürliche Rechte: das Recht auf Auswanderung und das auf freien Han-

del. Jeder Mensch habe ein natürliches Recht, das Land, in das er zufällig geboren worden sei, zu verlassen; er dürfe andernorts eine Gesellschaft errichten, die der »public happiness« förderlich sei (ebd.). Man habe in Amerika auf eigene Kosten und mit eigenem Blut eine neue Gesellschaft gegründet. Auch England sei einmal (von den Sachsen) besiedelt worden. Die Tatsache, daß England die Kolonien unterstützt habe, habe für eine Anerkennung der englischen Oberhoheit so wenig zu bedeuten wie eine etwaige Unterstützung Großbritanniens für Portugal. Ein freies Parlament habe über ein anderes, ebenso freies nichts zu bestimmen. Dies zu fordern, widerspreche den »principles of Common sense«. Es gebe keinen Grund, warum 160.000 Wähler in Großbritannien vier Millionen »in the States of America« Gesetze geben sollten (Papers Bd. 1, 126).

Der Ton ist scharf. Zwar wird es vermieden, dem Monarchen die Gefolgschaft aufzukündigen. Es wird so getan, als ob es nur um eine Befreiung von der Willkürherrschaft des englischen Parlamentes gehe. Die Geschichte der Besiedlung, die sich ja größtenteils unter den Chartern der Krone vollzogen hatte, wird so dargestellt, als ob sie immer schon die Geschichte freier, nur auf sich gestellter Siedler gewesen wäre. Eine Geschichtsklitterung, die nur die halbe Wahrheit trifft.

2.3. »Declaration of Independence« (4. Juli 1776)

Die *Declaration of Independence* ist eines der berühmtesten politischen Dokumente. Es ist so etwas wie die Gründungsurkunde Amerikas, eine »Erklärung«, deren elegante Form Jefferson zu verdanken ist. Zwar bestand das Komitee für die Abfassung aus fünf Personen: Franklin, Livingston, Sherman, John Adams und Jefferson. Aber Jefferson war mit der Abfassung des Entwurfs beauftragt worden, da er, wie Adams es formulierte, eine Reputation besaß »for literature, science and a happy talent of composition« (zit. nach Peterson 1970, 80). Jefferson schrieb zunächst eine Rohfassung (*rough draft*). Franklin und Adams machten (kleine) Verbesserungsvorschläge. Der Kongreß der Delegierten der 13 Staaten diskutierte den Entwurf. Er verabschiedete ihn am 4. Juli 1776.

2.3.1. Eine Deklaration, eine Anklageschrift, ein Syllogismus

Die *Declaration of Independence* knüpft an die großen Rechtsdokumente Englands an: an die *Petition of Rights* (1628) und an die *Bill of Rights* (1689). Etwas zu deklarieren bedeutet, es als ein Recht offenzulegen. Dies ist die erste Stufe eines rechtlichen Verfahrens, nicht eigentlich eine Rechtsbegründung als vielmehr eine Offenlegung des sowieso Anerkannten und Selbstverständlichen.

Im Falle der *Declaration of Independence* kann man auch von einer *Anklageschrift* sprechen. Auf den berühmten ersten Teil mit der Erklärung der Rechte des Menschen folgt ein 18 Anklagen umfassender Abschnitt, der George III. seine »repeated injuries and usurpations« vorhält. Er habe eine »absolute Tyrannei« errichtet; er habe Gesetze verweigert, die notwendig seien »for the public good«; er habe repräsentative Versammlungen mehrmals aufgelöst, weil sie ihm mannhaft

widerstanden hätten; er habe die »administration of justice« zerstört und Richter von seinem Willen abhängig gemacht; in Friedenszeiten habe er eine stehende Armee unterhalten; den Handel Amerikas mit der Welt habe er unterbunden u.s.w., u.s.f. Unter den Anklagen findet sich das berühmte »imposing taxes on us without our consent«, das zurückverweist auf die *Magna Charta* und auf Lockes »no taxation without representation«. Insgesamt werden 18 Anklagen erhoben, ein rhetorischer »overkill« (Ferguson 1997, 128). Es soll nur ja nichts ausgelassen werden, was gegen den Monarchen sprechen könnte.

Die *Declaration* besteht aus drei Teilen: aus dem berühmten ersten Teil, der die Rechte des Menschen deklariert, aus dem zweiten Teil mit den 18 Anklagen (»facts ... submitted to a candid world«) sowie aus einem Schluß, der eine Eidesformel enthält: »we mutually pledge our Lives, our Fortunes and our secret Honor«. Die Dreiteilung entspricht einem *Syllogismus*. Die beiden Prämissen sind: die Erklärung der natürlichen Rechte (*maior*) und die 18 Verstöße Georgs III. gegen Recht und Gesetz (*minor*). Aus diesen folgt sozusagen logisch die *conclusio*: »that these colonies are, and of right ought to be free and independent states«. Die syllogistische Form gibt dem Plädoyer den Anschein logischer Unausweichlichkeit. Wer die Prämissen akzeptiert, kann der *conclusio* nicht entgehen. Die Eidesformel unterstreicht die Ernsthaftigkeit der Erklärung. Es geht nicht um eine beliebige Petition. Es geht um eine Sache auf Leben und Tod.

2.3.2. Die natürlichen Rechte des Menschen und die »sentiments of the day«

Der berühmteste Teil der *Declaration* ist der erste, die große Prämisse mit der Erklärung der natürlichen Rechte des Menschen:

»We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.« (Papers Bd. 1, 429)

Um diese Rechte zu sichern, sind die Regierungen eingesetzt worden. Diese leiten ihre »just powers« ab »from the consent of the governed«. Wann immer eine Regierung diese Ziele verfehlt, sei es »the Right of the people to alter or to abolish it, and to institute new Government ...« (ebd.).

Die schönen Sätze sind eine elegante Zusammenfassung der Lockeschen politischen Philosophie. Alles, was für diese zentral ist, wird wiederholt: die Theorie der natürlichen Rechte, deren theologische Begründung, die Ableitung der Herrschaft aus dem Konsens der Beherrschten, die Forderung nach einem Widerstandsrecht.

Geist vom Geiste Lockes hatte bereits der erste bedeutende Interpret des Dokuments, Carl Becker (1942), erkennen wollen. Diese Leseweise ist heute – dem Einspruch der Revisionisten zum Trotz – reetabliert. Nach Wills (1978) und anderen sollte es nicht Locke, sondern die Schottische Aufklärung (insbesondere Hutcheson) gewesen sein, woran Jefferson sich orientierte. Dem haben Hamowy (1972), Jaffa (1984) und Gerber (1993) widersprochen. Zwar kennt Jefferson die Schottische Aufklärung genauso gut wie den Lockeschen *Second Treatise*. Was die *Unabhän-*

gigkeitserklärung angeht, genügt jedoch der Verweis auf Locke, um die historischen Wurzeln der Argumentation zu verstehen. Zu wenig beachtet wurde, daß die *Declaration* eine Auftragsarbeit war. Wie Jefferson versichert, beruht ihre Autorität

»on the harmonizing sentiments of the day, whether expressed in conversation, in letters, printed essays, or in the elementary books of public right, as Aristotle, Cicero, Locke, Sidney, etc.« (Brief an Henry Lee 8.5.1825).

Jefferson sah in der Abfassung der *Erklärung* nicht die Gelegenheit, seine ganz und gar persönliche Doktrin auszubreiten. Er wollte vielmehr ein Stimmungsbild des Zeitgeistes geben und sich mit der Rolle eines Sprachrohrs der Nation begnügen.

Man muß nur die Pamphlete jener Jahre zum Vergleich heranziehen, und schon springt die Ähnlichkeit der Argumentationen ins Auge. So ähnelt die *Declaration* (was schon Becker bemerkte) James Wilsons *Considerations on the Nature and Extent of the Legislative Authority of the British Parliament* (1774). Sie ähnelt James Otis' *The Rights of the British Colonies Asserted and Proved* (1764). Vor allem aber zehrt sie von George Masons *Virginia Declaration of Rights* (12.6.1776) (hier 3.). Wilson hatte geschrieben: »All men are, by nature, equal and free«; auch er hatte die *conditio sine qua non*, die Zustimmung, genannt, und vom Glück sprach er als »the *first law* of every government« (CW Bd. 1, 2007, 4f.).

Diskutiert man einzelne Passagen der *Declaration*, läßt sich Punkt für Punkt demonstrieren, daß der Streit um den Einfluß Lockes oder der Schottischen Aufklärung einfach zu schlichten ist. In fast jedem Fall genügt der Verweis auf Locke.

(1) »We hold these truths to be self-evident« – im Entwurf Jeffersons hatte es noch geheißt: »truths to be sacred and undeniable«. Das »self-evident« wurde (vielleicht auf Vorschlag von Franklin) eingesetzt. Aber auch bei Locke findet sich der Begriff, und zwar in der Formulierung »evident in itself«, wenn im *Second Treatise* von der Gleichheit der Menschen von Natur die Rede ist (ST, c. 2, § 5). Warum die neue Formulierung der ursprünglichen Fassung vorzuziehen ist, ist leicht erklärt. Die neue Version ist rhetorisch vorteilhafter. »Selbstevidente« Wahrheiten verstehen sich von selbst. Sie bedürfen keiner Begründung. Gegenüber dem Wort »undeniable« hat »self-evident« den Vorzug, positiv formuliert zu sein. Eine mögliche Leugbarkeit der »Wahrheiten« kommt nicht einmal indirekt ins Spiel.

(2) Die *Declaration* begründet die Menschenrechte theologisch, so wie dies bei Locke geschieht: »that all men are *created* equal, that they are endowed by their *Creator* with certain unalienable Rights« (Hervorhebungen, H. O.). Alle Menschen sind gleich, weil sie von ihrem Schöpfer als gleiche erschaffen worden sind. Sie sind gleich in ihrer Kreatürlichkeit. Die Rechte sind unveräußerlich, weil sie von Gott verliehen worden sind und dem Menschen somit nicht zur Disposition stehen. Diese Rechte liegen dem Staat voraus. Sie sind nicht Rechte (bloß) eines Engländers, sondern Rechte des Menschen. Das ist – verglichen mit den englischen Rechtsdeklarationen – eine neue Begründungsform. Die Berufung auf die natürlichen Rechte paßt zum revolutionären Anlaß. Hätte man sich auf die historischen Rechte eines Engländers berufen, hätte man die Lösung vom Mutterland schwerlich rechtfertigen können.

Kann die naturrechtliche Begründung durch die Schottische Aufklärung inspiriert worden sein? Locke hatte sich in die prekäre Lage gebracht, dem Menschen